

Beide Delegationen unterstrichen, daß die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Ideologie, der Kultur, der Bildung, der Wissenschaft sowie der Massenmedien weiter allseitig ausgebaut wird. Sie werden die Entwicklung der direkten Kontakte der Bezirke und Wojewodschaften, Massenorganisationen, Institutionen und Betriebe, besonders der Arbeitskollektive und der Jugend, unterstützen und fördern.

Die Delegationen bekräftigten, daß der vor fünf Jahren eingeführte paß- und visafreie Reiseverkehr, der ein Schritt von historischer Tragweite für die Annäherung beider befreundeter Völker war und bleibt, konsequent weiterentwickelt wird.

II

Die Delegationen stellten mit Befriedigung fest, daß in den internationalen Beziehungen durch die unermüdlichen Anstrengungen der Sowjetunion und der anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft sowie durch den Kampf aller fortschrittlichen Kräfte eine Wende vom kalten Krieg zur internationalen Entspannung herbeigeführt wurde, sich die Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung immer stärker durchsetzen und die internationale Zusammenarbeit ausweitet. In diesem Zusammenhang würdigten sie die hervorragende Bedeutung des Friedensprogramms der KPdSU, die aktive Friedenspolitik der Sowjetunion und den großen persönlichen Beitrag des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Genossen Leonid Iljitsch Breschnew.

Beide Seiten hoben die große Bedeutung der Bukarester Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages vom November 1976 für die weitere Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa und der Welt hervor. Sie betonten erneut, daß eine vertragliche Verpflichtung aller Teilnehmerländer der gesamteuropäischen Staatenkonferenz, gegenseitig nicht als erste Kernwaffen anzuwenden, bedeutend zur Sicherung des Friedens beitragen würde. Diesem Ziel dient auch der Vorschlag, Handlungen zu unterlassen, die zur Ausweitung der bestehenden oder zur Schaffung neuer geschlossener Gruppierungen und militärpolitischer Bündnisse führen könnten.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik Polen halten es im Interesse der Fortsetzung des Entspannungsprozesses in Europa für erforderlich, daß alle Teilnehmerländer die Schlußakte von Helsinki als Ganzes einhalten und erfüllen. Sie weisen entschieden alle Versuche revanchistischer und reaktionärer Kräfte zurück, die Schlußakte einseitig auszulegen und zu verfälschen. Sie setzen sich dafür ein, daß das Belgrader Treffen der Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz dazu beiträgt, die Entspannung weiter